

Medienanlass «Nein zur unnötigen Massentierhaltungsinitiative»

13. Juni 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Christoph Mäder, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Für jeden Wirtschaftszweig ist es wichtig, sich an den Bedürfnissen des Marktes zu orientieren. Diese Initiative widerspricht dem. Mit der vorgesehenen staatlichen Angebotsregelung verstösst sie gegen die Prinzipien des freien Marktes. Bereits heute können Konsumentinnen und Konsumenten frei bestimmen, welche Produkte sie einkaufen wollen. Die Unternehmen richten ihr Angebot an der Nachfrage aus. Nun soll ein Angebot erzwungen werden, wofür offensichtlich nicht genug Nachfrage vorhanden ist. Der freie Markt wird damit ausgehebelt.

Die Preise werden mit der Initiative in die Höhe getrieben. Die Umsetzung von rigorosen Vorschriften führt zu Mehrkosten. Steigende Preise werden zu mehr Einkaufstourismus führen. Am Ende ist niemandem geholfen. Wer besonders tierfreundliche Nutztierhaltung fördern möchte, kann dies bereits heute mit dem Kauf entsprechend produzierter Lebensmittel tun. Für die Wirtschaft ist die in der Initiative vorgesehene Einfuhrregelung problematisch, insbesondere für die exportorientierten Unternehmen.

Denn die Forderungen der Initianten sind nicht vereinbar mit den WTO-Verträgen. Nach deren Regeln dürfen Produkte nicht wegen der Art der Herstellung an der Grenze anders behandelt werden. Ebenso stehen sie im Konflikt mit den EU-Verträgen und den anderen Freihandelsverträgen der Schweiz. Zudem wäre die Umsetzung der Initiative insbesondere an der Grenze mit aufwändigen und teuren Kontrollen verbunden.

Andere Länder könnten es als anmassend empfinden, wenn die Schweiz ihren Handelspartnern vorschreiben will, was sie unter tierfreundlicher Haltung zu verstehen haben. Dies würde den Partnerschaften entlang der Wertschöpfungskette schaden. Andere Länder könnten den Spiess sogar umdrehen: Wenn Partnerländer die Schweiz als handelshemmend und diskriminierend wahrnehmen, könnten sie zusätzliche Anforderungen an Importe aus der Schweiz stellen oder diese zu diskriminieren beginnen. Dadurch könnte die hiesige Exportwirtschaft in Bedrängnis geraten.

Die Initiative entzieht den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahlfreiheit, sie treibt die Preise in die Höhe, fördert den Einkaufstourismus, bricht mit internationalen Verträgen der Schweiz und gefährdet damit unsere Wirtschaft als Ganzes. Daher gehört sie abgelehnt.